Verband der Privaten Bausparkassen e.V.

WOHNEN IN DEUTSCHLAND

DATEN · FAKTEN · ANALYSEN

Ausgabe 4 Oktober 2021

EDITORIAL

Bernd Hertweck
Vorstandsvorsitzender

Auf die neue Bundesregierung warten Megathemen – darunter die Zukunft der Altersvorsorge. Sie ruht auf drei Säulen, heißt es meist: der gesetzlichen Rente, der betrieblichen Rente und der privaten Zusatzvorsorge. Schaut man sich die Zusatzvorsorge genauer an, fällt der überragende Wert des Wohneigentums ins Auge. Viele sprechen deshalb von vier Säulen. Sie teilen die Zusatzvorsorge in die private Geldrente und die Eigenheimrente in Form der ersparten Miete.

Durch die demografische Entwicklung gerät die gesetzliche Rente ab 2030 zunehmend unter Druck. 2050, wenn die heute neu geborenen Kinder 30 sind, kommen voraussichtlich nur noch zwei Beitragszahler auf einen Rentner. Wie sollen die jungen Menschen das finanzieren? Schon heute liegen die Steuerzuschüsse bei 100 Milliarden Euro im Jahr.

Wer nicht rechtzeitig entgegensteuert, läuft Gefahr, die Freiheitsrechte künftiger Generationen zu beschneiden. Entgegensteuern meint: auch durch Stärkung der anderen Säulen, allen voran der vierten Säule. Von eigenen vier Wänden träumen ohnehin neun von zehn jungen Leuten im Alter von 14 bis 19 und mehr als jeder zweite Mieter. Sie symbolisieren Zukunftsvorsorge, Generationenvorsorge und Vermögensbildung.

Bernd Hertweck

Top-Finanzierer des privaten Wohnungsbaus

– Bausparkassen mit überdurchschnittlichem Zuwachs –

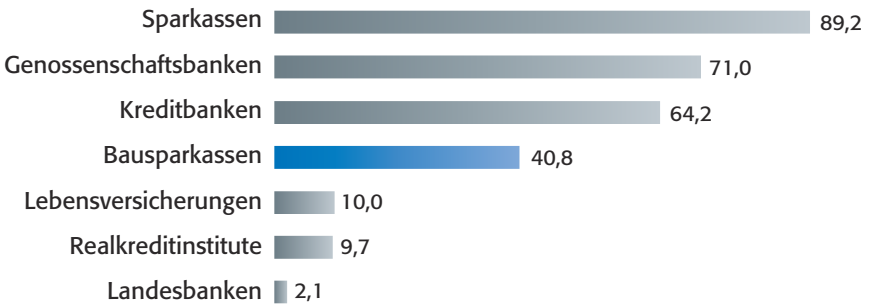
Im Jahr 2020 wurden 287 Milliarden Euro zur privaten Wohnungsbaufinanzierung ausgezahlt – 32 Milliarden Euro bzw. 12,9 Prozent mehr als 2019.

Die Sparkassen erzielten 89,2 Milliarden Euro (2019: 80 Milliarden Euro). Das entspricht einem Marktanteil von 31,1 Prozent. Mit 71 Milliarden Euro (2019: 61,9 Milliarden Euro) kamen die Genossenschaftsbanken auf einen Marktanteil von 24,7 Prozent. Die Kreditbanken stellten Mittel im Volumen von geschätzten 64,2 Milliarden Euro (2019: 58,3 Milliarden Euro) bereit; ihr Marktanteil lag damit 2020 bei 22,4 Prozent. Die Bausparkassen trugen mit 40,8 Milliarden Euro (2019: 35,4 Milliarden Euro) zur privaten Wohnungsfinanzierung bei. Durch ihren überdurchschnittlichen Zuwachs von 15,3 Prozent erreichten sie einen Marktanteil von 14,2 Prozent.

Mit 10 Milliarden Euro (2019: 8,9 Milliarden Euro) und einem Marktanteil von 3,5 Prozent folgen die Lebensversicherungen. Geschätzte 9,7 Milliarden Euro (2019: 7,5 Milliarden Euro) wurden von den Realkreditinstitute (private Hypothekenbanken und öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten) ausgereicht, was einen Marktanteil von 3,4 Prozent ergab. Auf die Landesbanken entfielen geschätzte 2,1 Milliarden Euro (2019: 2,3 Mrd. Euro) bzw. ein Marktanteil von 0,7 Prozent.

In diesen Zahlen sind auch die durchgeleiteten – auf die Institutsgruppen nicht näher aufgeschlüsselten – Kredite der KfW enthalten.

Wohnungsbaufinanzierung
Baugeldauszahlungen 2020 in Milliarden Euro



Quellen: Verband der Privaten Bausparkassen; Angaben von Verbänden; Prof. Mechthild Schrooten, Hochschule Bremen

INHALT

Droht eine Preisblase zu platzen? – Interview 2

DIW-Gutachten: Die Wohnungsbauprämie wirkt! 4

Fallstudie beschreibt die Folgen für Wohnen und Infrastruktur in Berlin-Brandenburg 5

Alles auf Nachhaltigkeit – Bausparkassen und Sustainable Finance 6

Progressive Provinz: Warum das Land Zukunft hat – Interview 7

INTERVIEW

Droht eine Preisblase zu platzen?

Interview mit Dr. Reiner Braun, Vorstandsvorsitzender der Empirica AG Berlin

Dr. Reiner Braun, Vorstand des wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Forschungs- und Beratungsinstituts Empirica
Foto: Empirica

Die Preise auf dem Wohnungsmarkt steigen und steigen. Viele reden von einer Blase, die bald platzen könnte. Was ist denn eine Blase?

Es gibt dafür keine allgemein anerkannte Definition. Eine Preisblase erkennt man spätestens, wenn sie platzt, die Preise also drastisch einbrechen. Preise brechen ein, wenn die Nachfrage erheblich hinter dem Angebot zurückbleibt. Dazu muss entweder vorher das Angebot (stark) zunehmen oder die Nachfrage (plötzlich) einbrechen.

Bezogen auf den Wohnmarkt heißt das was?

Eine übermäßige Angebotsausweitung am Wohnungsmarkt erkennt man an Fertigstellungen, die über den mittelfristigen Bedarf hinausgehen, einen Nachfrageeinbruch daran, dass zum herrschenden Preis kaum noch einer kaufen will oder kann. Eine Blase droht demnach, wenn der „Normalverdiener" sich die Immobilie nicht mehr leisten kann, weil die Kaufpreise schneller als a) die Mieten oder b) die Einkommen steigen, c) immer mehr Wohnungen (über den Bedarf hinaus) gebaut werden und d) dazu immer mehr Kredite aufgenommen werden. Diese vier Indikatoren können beobachtet werden.

Bundesweit dürfte damit Entwarnung gegeben werden können – oder?

Ja, trotzdem gibt es regionale Märkte, auf denen eine Preisblase droht. Solche regionalen Preisblasen sind volkswirtschaftlich unproblematisch. Sie können jedoch gefährlich werden, wenn viele regionale Märkte betroffen sind.

Ist das der Fall? Was besagt Ihr Blasenindex?

Im bundesweiten Durchschnitt steigen die inserierten Mieten nunmehr seit 15 Jahren, die inserierten Kaufpreise seit zwölf Jahren. Seit elf Jahren wachsen die Kaufpreise schneller als die Einkommen. Seit zehn Jahren steigen sie auch schneller als die Mieten. Dafür steigt seit neun Jahren die Neubautätigkeit. Dabei gibt es jedoch erhebliche regionale Unterschiede.
Und der empirica-Blasenindex misst nicht die Wahrscheinlichkeit einer platzenden

Fortsetzung auf Seite 3

Fortsetzung von Seite 2

Blase, sondern die regionale Marktbreite einer Überbewertung in den 401 Landkreisen. Die hat deutlich zugenommen. Natürlich führt aber nicht jede Infektion zu Symptomen, also zu einer platzenden Blase.

Wo erwarten Sie am ehesten solche Preiseinbrüche?

Eine Blasengefahr droht derzeit zum einen in etlichen attraktiven Schwarmstädten mit zuletzt hoher Zuwanderung und knappen Märkten. Zum anderen sind aber auch immer mehr kleinere Städte und „schrumpfende" Regionen betroffen.

Was könnte hier passieren?

Sollte eine Blase platzen, dürften die Auswirkungen in beiden Regionstypen recht unterschiedlich ausfallen. In den Schwarmstädten wird die Preisentwicklung vermutlich nur eine Delle erhalten, denn die Nachfrage wird hier auch langfristig recht stabil sein.

Anders sieht es in den „schrumpfenden" Regionen und weniger attraktiven Kleinstädten aus, die eher durch überregionale Abwanderung und allenfalls durch Zuwanderung aus dem eigenen Umland geprägt sind. Dort dürfte eine platzende Blase mehr als Dellen hinterlassen. Im Ergebnis könnte ein Preisrückgang hier einhergehen mit nachhaltigen Leerständen.

Bei den sieben Top-Regionen spricht man ja schon lange von preislichen Übertreibungen?

Kaufpreise für Eigentumswohnungen von mehr als 10 Jahreseinkommen sind dort dauerhaft bestimmt nicht zu erzielen.

Wann können weiter steigende Kaufpreise zur Gefahr werden?

Die Kaufpreise steigen derzeit trotz stagnierender Bauzinsen weiter, weil die Negativzinsen sich mehr und mehr auf privaten Sparkonten niederschlagen. Es startet jetzt quasi der irrationale Teil der Niedrigzinsphase. Kapitalanleger kaufen Immobilien und treiben deren Preise hoch, allein mit dem Grund, Negativzinsen zu vermeiden. Analog hat man in den 1990ern allein um Steuern zu sparen – Stichwort: Sonder AfA-Ost – Immobilien gekauft, ohne die nachhaltigen Werte und Vermietungschancen zu betrachten.

Eine never ending story?

Nicht unbedingt. Das Wohnungsangebot wächst kräftig, der Nachfragedruck in den Schwarmstädten verteilt sich immer besser ins Umland und auf Ausweichstädte. Die Mieten im Umland steigen schon seit gut zwei Jahren stärker als in der Stadt. Ein nachhaltiger Trend zu mehr Homeoffice und die mancherorts neu entdeckte Liebe zum Eigenheim könnten diesen Ausweichprozess begünstigen.

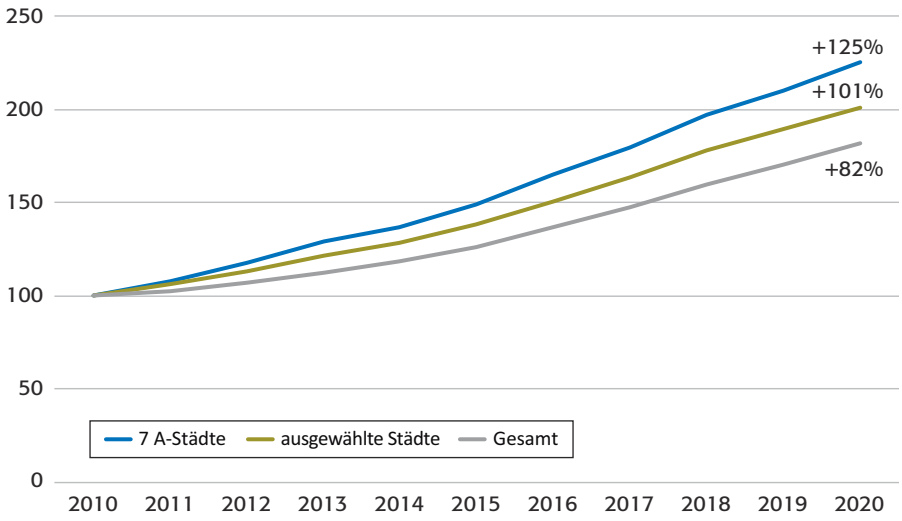
Platzen dann regionale Blasen vielleicht doch nicht?

Neue Auslandszuwanderung, aber auch politisch herbeigeführte Baulandknappheit und steigende Materialkosten machen ein Szenario wahrscheinlicher, bei dem die Luft nur langsam entweicht. Denn steigende Nachfrage und hohe Neubaukosten stabilisieren die Bestandswerte. Eine Verkaufspanik wäre vor allem bei hoher Inflationsrate unwahrscheinlicher, denn dann könnte der Überdruck auch ohne sichtbaren Einbruch der nominalen Preise entweichen. Die drohende Blasenbildung sollte vor allem Kapitalanleger zur Vorsicht mahnen, insbesondere wenn ein baldiger Verkauf etwa zur Finanzierung der Altersvorsorge geplant ist.

Und wie sieht es bei Selbstnutzern aus?

Hier sieht es anders aus. Die haben nur die Wahl zwischen Pest und Cholera: teure Mietwohnungen oder aufgeblasene Preise für Wohneigentum. Abwarten hilft denen wenig, denn die Kinder sind irgendwann aus dem Haus. Sie brauchen aber jetzt ihr Kinderzimmer, ihren Freiraum und ihren möglichst ebenerdigen Zugang ins Grüne. Und keiner garantiert, dass man die Traumimmobilie ausgerechnet dann findet, wenn die Preise einmal nachgeben sollten. Hier gilt: Nicht auf Kante nähen, aber beherzt zupacken, wenn das passende Objekt zu haben ist. ■

Preisentwicklung für Wohnimmobilien in Deutschland 2010 bis 2020
(2010=100)



Quelle: Deutsche Bundesbank (auf Basis Bulwien Gesa)

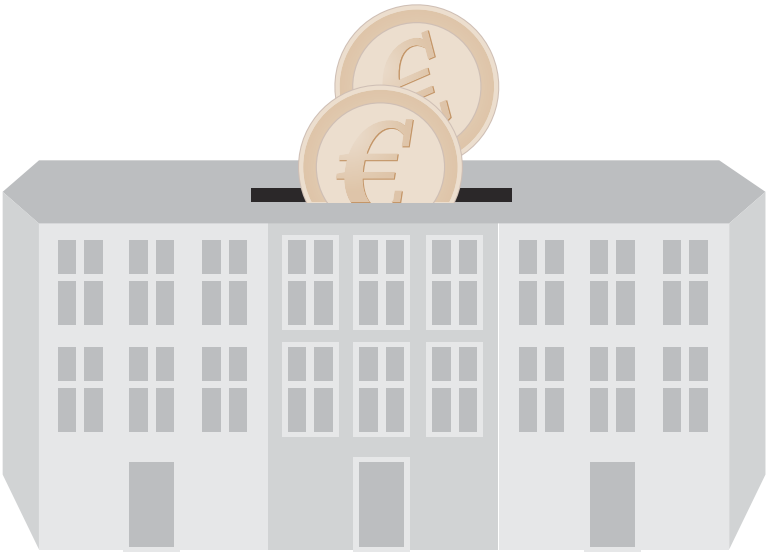
WOHNEIGENTUMSFÖRDERUNG

DIW-Gutachten: Die Wohnungsbauprämie wirkt!

Haushalte sparen häufiger, länger und mehr, wenn ihre eigene Sparleistung mit der Wohnungsbauprämie (WOP) gefördert wird. Zu diesem Ergebnis kommt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in einer Studie, deren zentralen Erkenntnisse im Juli 2021 veröffentlicht wurden. Obwohl die Förderung gemessen an der Sparanstrengung nur einen vergleichsweise geringen Anteil hat, ist ihre Anreizwirkung erheblich.

Anhand einer ökonometrischen Analyse zeigen die DIW-Wissenschaftler, dass die Wohnungsbauprämie die Haltewahrscheinlichkeit von Bausparverträgen positiv beeinflusst: Die Haushalte sparen länger an und erhöhen damit letztlich ihre Eigenkapitalbasis für den Eigenheimerwerb. Die Auswertung zeigt auch, dass vor allem Haushalte mit Kindern Bausparverträge abschließen und länger halten als Haushalte ohne Kinder. Nachgewiesen wird auch, dass ein robuster Zusammenhang zwischen Bauspartätigkeit und Sparquote besteht: Bausparer sparen also nicht nur länger, sondern insgesamt auch mehr als Nicht-Bausparer. Letztlich trägt dies dazu bei, weshalb Bausparer bis zu zwei Jahre früher ins Eigenheim ziehen als vergleichbare Haushalte.

Geförderte Haushalte sparen ...
... häufiger
... länger
... in höherem Umfang



Quelle: DIW Wochenbericht 27/2021

Ersparnisbildung zieht an

Vor diesem Hintergrund ist das DIW zuversichtlich, dass die zum 1. Januar 2021 erhöhten Einkommensgrenzen und Förderbeträge zu einer verstärkten Inanspruchnahme der WoP führen wird und die zielgerichtete Ersparnisbildung anzieht. Dass die WoP in den letzten Jahren immer weniger in Anspruch genommen wurde – auch dafür hat das DIW eine Erklärung: So war es vor allem das „Herauswachsen“ breiter Bevölkerungsschichten aus den Einkommensgrenzen, die zuletzt vor einem Vierteljahrhundert angehoben wurden. Außerdem litt die Sparfähigkeit derjenigen Haushalte, die noch WoP-berechtigt waren, unter einer steigenden Wohnkostenbelastung.

Für das DIW ist nach der Reform vor der Reform. So wird angeregt, die Einkommensgrenzen der Arbeitnehmer-Sparzulage mit denen der WoP zu synchronisieren. Ebenso bringt das DIW eine Staffelung der Sparprämie an, namentlich eine deutliche Erhöhung bei unteren Einkommensgruppen.

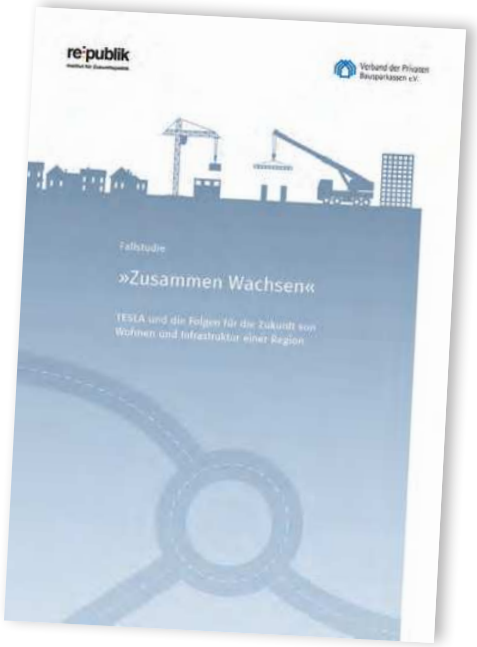
Weiter verbesserte Sparanreize mit dem Ziel der Wohneigentumsbildung sind dann Aufgabe der nächsten Bundesregierung. Insbesondere bei der Arbeitnehmer-Sparzulage ist eine Anpassung geboten. Auch der Wohn-Riester muss als frei wählbare Form der privaten Altersvorsorge erhalten und modernisiert werden. Denn wie die WoP zeigt: Richtig gesetzte Anreize entfalten ihre Wirkung. ■

TESLA-GIGAFACTORY

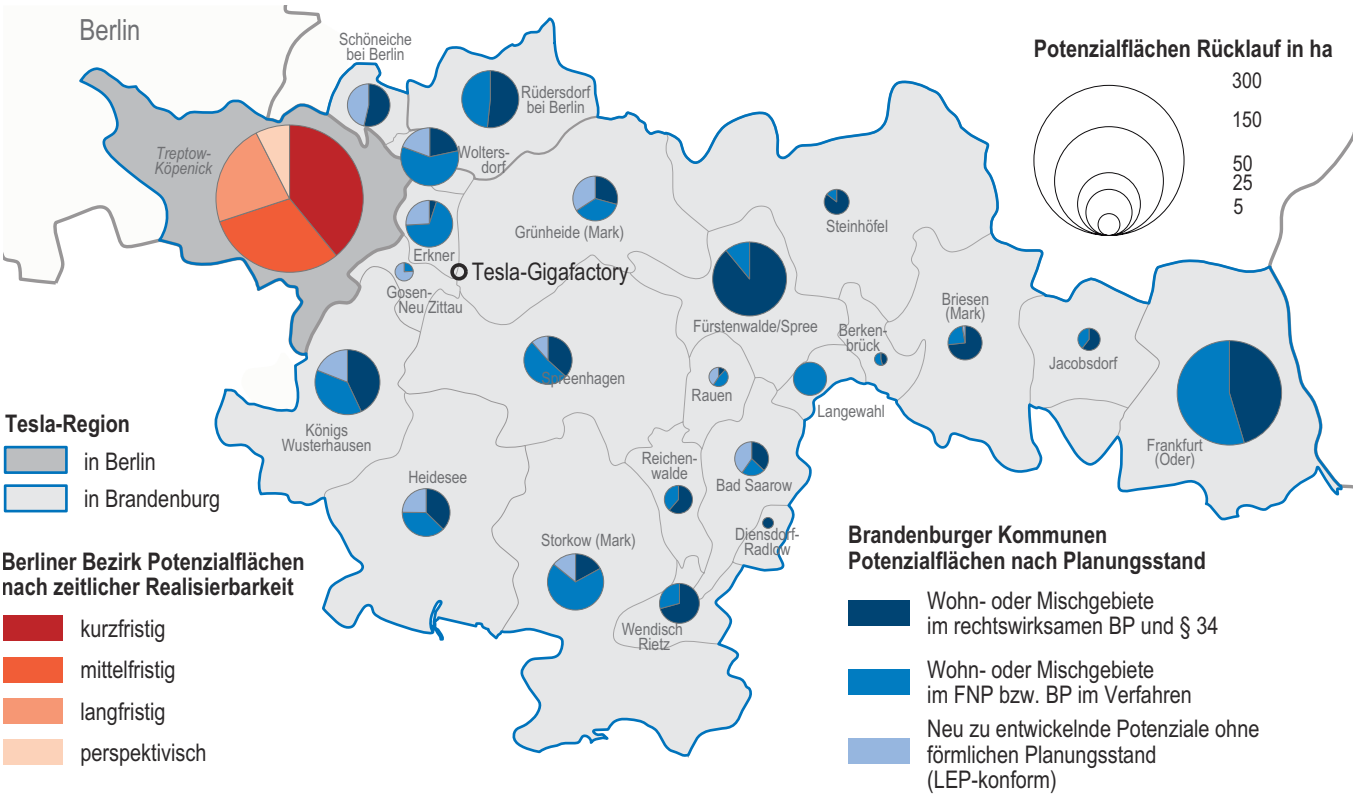
Fallstudie beschreibt die Folgen für Wohnen und Infrastruktur in Berlin-Brandenburg

Rund 12.000 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird das US-Automobilunternehmen Tesla in den kommenden Jahren in der 8.000 Einwohner-Gemeinde Grünheide in der Mark Brandenburg beschäftigen. Bis zu 40.000 neue Wohnungen könnten in der Region entstehen. Die damit verbundenen Herausforderungen waren für den Verband der Privaten Bausparkassen Anlass, das Institut für Zukunftspolitik mit einer Fallstudie zu beauftragen. Dabei zeigt sich vor allem auch, wie wichtig vereinfachte und schnellere Baugenehmigungsverfahren sind.

Die Fallstudie „Zusammen Wachsen: Tesla und die Folgen für die Zukunft von Wohnen und Infrastruktur“ ist herunterladbar unter: www.bausparkassen.de/daten-fakten/studien. ▪



Wo in der Tesla-Region Wohnungen gebaut werden können



Quelle: CIMA GmbH, Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-BBG · Stand: 29.3.2021

KLIMASCHUTZ

Alles auf Nachhaltigkeit – Bausparkassen und Sustainable Finance

Das Geschäftsmodell der Bausparkassen ist einzigartig – und moderner als manch einer denkt. Denn die strenge Regulierung, der Beitrag zu umweltfreundlichem Bauen und Sanieren, das Ermöglichen von Wohneigentumsträumen für Haushalte mit niedrigeren und mittleren Einkommen sind allesamt Ausprägungen der unterschiedlichen ESG-Kriterien. Nachhaltigkeit war damit schon immer Markenkern des Bausparens. Für die steigenden Anforderungen in Sachen „Sustainable Finance" sind die Bausparkassen gut gerüstet.

Die Häufung von Naturkatastrophen infolge der globalen Erwärmung verdeutlicht in tragischer Weise, dass der Klimawandel keine abstrakte, in ferner Zukunft liegende Gefahr ist. Er findet bereits statt und hat spürbare Auswirkungen. Hier gegenzusteuern, kann und soll gelingen, indem dem Prinzip der ökologischen Nachhaltigkeit in immer mehr Bereichen des Wirtschaftens Vorrang eingeräumt wird. Für den Gebäudesektor bedeutet dies vor allem auch, dass bei Bau und Nutzung der Ausstoß von Treibhausgasen reduziert wird.

Der schonende Umgang mit Ressourcen betrifft alle Stufen der Wertschöpfungskette. Gefordert sind deshalb nicht nur Baugewerbe und -industrie, sondern auch die Finanzinstitute, die Immobilien finanzieren und durch ihre Kreditvergabe Einfluss darauf nehmen können, was wie gebaut oder saniert wird. Im Neubau stellen die Bausparkassen Mittel für Wohnungen bereit, die höchsten Energieeffizienzstandards entsprechen. Erwerber von Bestandsimmobilien – sie machen einen großen Teil der Finanzierungen aus – verbinden den Kauf häufig mit energetischen Sanierungen. Seit August 2021 liegt die Grenze für so genannte Blankodarlehen der Bausparkassen bei 50.000 Euro (bisher: 30.000 Euro). Der höhere Schwellenwert erleichtert Energieeinsparmaßnahmen. Für viele ist der Bausparvertrag ohnehin längst zum Energiesparvertrag geworden.

Bausparkassen fördern also den Umweltschutz und sind damit nachhaltig in der Dimension „Environment". Aber auch in den Dimensionen „Social" und „Governance" haben die Bausparkassen vorgelegt. Die an den Genossenschaftsgedanken angelehnten Prinzipien des Bausparens ermöglichen Beziehern niedriger und mittlerer Einkommen durch zielgerichtetes Ansparen den Aufbau von Eigenkapital, das notwendige Bedingung für den soliden Erwerb von Wohneigentum ist. Der Zugang zu Finanzierungen ist ein ganz wesentliches Nachhaltigkeitsziel – für die Bausparkassen war es ein Gründungsmotiv. Die spezifische Regulierung der Bausparkassen (u.a. durch die präventive Genehmigung von Tarifen durch die BaFin) sorgt für eine sicherheitsorientierte Anlage von Kundengeldern. Kreditvergabe und Anlagegeschäft sind von Beständigkeit geprägt und nicht von Spekulation. Durch die relative Unabhängigkeit vom Kapitalmarkt leisten die Bausparkassen einen Beitrag zur Stabilität der Immobilien- und Finanzmärkte. Durch diesen Ordnungsrahmen sind die Bausparkassen auch Vorreiter in Sachen „Governance".

Der Verband der Privaten Bausparkassen wird die weitere Entwicklung in Richtung Sustainable Finance nicht nur begleiten, sondern aktiv mitgestalten. Entsprechende Projekte sind aufgesetzt. ▪

Neuerscheinung

Das Jahrbuch „Bausparen 2021“ enthält Beiträge zu den folgenden Themen:

- Bernd Hertweck, Vorstandsvorsitzender des Verbands der Privaten Bausparkassen: „Wohnwünsche und Politikgestaltung – ein Beitrag zur Versachlichung der Eigenheimdiskussion“
- Ludwig Dorffmeister, ifo-Institut München: „Rasant steigende Baukosten im Wohnungsbau“
- Christian König, Hauptgeschäftsführer des Verbands der Privaten Bausparkassen: „Bundestagswahl 2021: Wohnungspolitik vor neuen und alten Herausforderungen“
- Lisa Keuper, Stellv. Leiterin des Büros der Deutschen Bausparkassen ind Brüssel: „Europäische Bestrebungen im Kampf für den Klimaschutz und die Rolle der Bausparkassen“
- Prof. Dr. Mechthild Schrooten, Hochschule Bremen: „Wohnungsbau und Wohnungsbaukredite“

Zusätzlich finden sich dort umfangreiche tabellarische Übersichten zum Bausparen und zum Wohnungsbau. Der Einzelpreis, einschließlich Mehrwertsteuer und Versandkosten, beträgt 23,70 Euro.

Das Jahrbuch kann bei der domus Verlags- und Servicegesellschaft mbH, Klingelhöferstraße 4, 10785 Berlin, Tel.: 030/590091-707, Telefax: 030/590091-701, E-Mail: claudia.guenther@domus-vs.de bestellt werden.

INTERVIEW

Progressive Provinz: Warum das Land Zukunft hat

Immer mehr Menschen zieht es in Regionen jenseits der Metropolen und Ballungsgebiete. Wo und wie werden wir in Zukunft wohnen und leben? Entsteht ein neuer Konflikt „Stadt oder Land“? Und welche Folgen hat das für den Bausektor? Wir sprachen mit Dr. Daniel Dettling, Co-Autor der Studie und Leiter des Berliner Standorts des Zukunftsinstituts.

Mit Provinz verbinden wir Adjektive wie abgehängt und rückwärtsgewandt. Sie setzen die Progressive Provinz dagegen. Wie kommt es dazu?

Wir beobachten, nicht erst seit Corona, eine neue Stadtflucht. Umfragen aus den letzten Jahren zeigen, dass sich immer mehr Menschen ein Leben auf dem Land vorstellen können. Auch weil die großen Städte und Ballungsräume immer teurer werden. Großstädte wie Frankfurt, Berlin, Hamburg und Stuttgart verlieren seit Jahren netto Einwohner. Die Pandemie beschleunigt den Trend raus aufs Land. Jeder Dritte der 16- bis 24-Jährigen erwägt einen Umzug, wenn sich das Homeoffice als Arbeitsort durchsetzt. Und jeder dritte Deutsche zieht das Dorf vor, wenn man sich den Wohnort aussuchen könnte. Ländliche Regionen, kleine und mittelgroße Städte und sogar Dörfer erleben eine Renaissance. Die Menschen sehnen sich wieder nach mehr Raum und Lebensqualität. Bestseller wie „Unter Leuten“ und „Über Menschen“ von Juli Zeh handeln davon.

Beide Bücher handeln vom Konflikt zwischen Großstädtern und Dorfbewohnern.

Der Konflikt ist global. Der britische Ökonom Paul Collier spricht in seinem Buch „Sozialer Kapitalismus“ von einer neuen geografischen Spaltung zwischen boomenden Metropolen und zerrütteten Provinzstädten und sieht in dieser Spaltung die zentrale Ursache für die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten im Jahr 2017 und den Brexit ein Jahr zuvor. Seitdem ist die Angleichung der Lebens-

Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

verhältnisse und ein neuer Ausgleich zwischen Stadt und Land das große Thema auch bei uns. Die wenigsten Menschen leben in Metropolen, die meisten leben in Kleinstädten und kleinen Gemeinden.

Was macht eine Provinz progressiv?
Zu den Gewinnern des Wandels werden jene gehören, die in Herausforderungen wie Digitalisierung, Globalisierung und Klimawandel auch Chancen für den ländlichen Raum sehen. Im Gegensatz zur Retro-Provinz setzt die progressive Provinz auf ein Klima der Veränderung und des Wandels. Es geht um eine kooperative Wir-Kultur statt einer Kultur der Passivität und der Opfermentalität. Die Progressive Provinz verbindet Individualität und Solidarität. Ihr Standortvorteil ist das Überschaubare, das Nachbarschaftliche und das Gemeinsame.

Worauf kommt es dabei konkret an?
Fünf Faktoren machen eine Provinz progressiv. Erstens geht es um lokale Visionäre wie kreative Bürgermeister, Unternehmer und Bürger. Zweitens können architektonische Leuchtturmprojekte oder

Dr. Daniel Dettling
Foto: Edgar Rodtmann

Bauwerke ein Alleinstellungsmerkmal darstellen. Damit einher geht eine Geschichte, neudeutsch Storytelling. Hinzukommen muss viertens eine Kultur der Offenheit und des Willkommens nach außen. Und damit verbunden geht es fünftens um ein lokales oder regionales Selbstbewusstsein.

Haben Sie zwei Beispiele?
Digitalisierung und Vernetzung machen nicht nur Städte smart, sondern auch den ländlichen Raum. Die Initiative „Smart Country“ der Bertelsmann Stiftung listet eine ganze Reihe von guten Beispielen auf. Mein Lieblingsbeispiel ist Feldheim in Brandenburg. Die Gemeinde mit rund 130 Einwohnern ist seit 2015 energieautark und klimaneutral, versorgt das Umland mit grünem Strom und zeigt, wie Klimaschutz im Kleinen funktioniert und für alle ein Gewinn ist. Die Windkraftanlagen finanzieren auch den Fußballverein, die Freiwillige Feuerwehr und die Straßenbeleuchtung. Digitalisierung und Klimaschutz sind eine Riesenchance für die Provinz.

Gilt das auch für Aufgaben der Daseinsvorsorge wie Gesundheit?
Die Gesundheitsversorgung der Zukunft ist hybrid. Videosprechstunden wird es auch nach Corona geben. Lange Wegstrecken und Wartezeiten werden so überflüssig, Ärzte und Pflegende entlastet. Regionale Versorgungszentren werden im Radius von 30 bis 50 Kilometer erreichbar sein. Gesund länger leben lässt sich in Zukunft auch auf dem Land.

Wie werden wir in Zukunft bauen und wohnen?
Das große Thema ist Klimaneutralität. Bis 2045 müssen 30 Millionen Bestandsgebäude energetisch saniert sein. Das Thema Bauen ist für die Klimawende systemrelevant. Neue Material-Konstellationen und Klimaschutztechnologien sind der kommende Zukunftsmarkt für deutsche Produkte. Wir werden nachhaltiger und nachbarschaftlicher wohnen. ▪

Progressive Provinz: Die Zukunft des Landes. Zukunftsinstitut 2021.
https://onlineshop.zukunftsinstitut.de/shop/progressive-provinz-die-zukunft-des-landes/

IMPRESSUM

Herausgeber:
Verband der Privaten
Bausparkassen e. V.
Für den Inhalt verantwortlich:
Alexander Nothaft
nothaft@vdpb.de

Anschrift der Redaktion:
Klingelhöferstraße 4
10785 Berlin
Telefon: (030) 59 00 91-523
www.bausparkassen.de
@Verband_VdPB

Gestaltung/Satz:
Eins 64 Grafik-Design, Bonn

klimaneutral gedruckt
www.klima-druck.de
ID-Nr. 21108270
bvdm.

PEFC
PEFC/04-31-2122
PEFC zertifiziert
www.pefc.de